

Antrag 37/I/2021**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch tätiges Handeln (Verabschiedung BerlHG****Novelle & Koalavertrag) (Konsens)****Mut zur demokratischen Neugestaltung - Keine faulen Kompromisse im novellierten Berliner Hochschulgesetz!**

1 Das Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) ist für die Lebens-
2 realität der rund 200.000 Studierenden, der Mitarbei-
3 ter*innen und Professor*innen an staatlichen Hochschu-
4 len in Berlin von zentraler Bedeutung. So reguliert es nicht
5 nur alle Bereiche der Forschung und Lehre (bspw. Anzahl
6 der Prüfungsversuche), sondern auch Organisationsstruk-
7 tur, demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten und
8 Beschäftigungsbedingungen.

9
10 Soziale, demokratische und nachhaltige Hochschulen
11 kann es in Berlin gegen ein restriktives Hochschulge-
12 setz nicht geben. Gleichzeitig unterstreicht die anhalten-
13 de Pandemiesituation die Relevanz von sozial gerechter
14 Bildung, studierendenfreundlichen Studienbedingungen
15 und funktionierenden Forschungsstandorten - aus die-
16 sem Grund ist die laufende Novelle des BerlHG außeror-
17 dentlich wichtig.

18
19 Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode besteht
20 die Chance, mit einem progressiven BerlHG mannigfal-
21 tige Missstände an Berliner Hochschulen zu beseitigen,
22 Demokratisierung zu fördern und Selbstbestimmung von
23 Studierenden anzuerkennen. In dieser Absicht waren in
24 den vergangenen Monaten zahlreiche Initiativen zu er-
25 kennen: Nicht nur die Landes-Asten-Konferenz, in der sich
26 die Berliner Asten und RefRat auf Landesebene koordi-
27 nieren, hat ein tragfähiges "Forderungspapier der Berliner
28 Studierendenschaften" vorgelegt. Auch die Fachgremien
29 der R2G-Koalitionsparteien selbst haben mit den "Hoch-
30 schulpolitische(n) Leitlinien für die Novellierung des Berli-
31 ner Hochschulgesetzes" als Ergebnis eines partizipativen
32 Diskussionsprozess ein Papier vorgelegt, das umfassende
33 Ideen für eine modifizierte soziale, nachhaltige und in-
34 novative Hochschullandschaft in Berlin aufzeigt. Als Juso-
35 Hochschulgruppen Berlin und Jusos Berlin unterstützen
36 wir den Vorstoß des Berliner Senats, das BerlHG zu no-
37 vellieren und erwarten, dass die Forderungen der Studie-
38 rendenschaften sowie der Fachgremien der Regierungs-
39 parteien dabei anerkannt werden. Die gesetzliche Veran-
40 kerung einiger, bestimmter Maßnahmen ist dabei beson-
41 ders notwendig und uns besonders wichtig:

42
43 **Abschaffung der Erprobungsklausel - Echte Veränderung**
44 **wagen!**

45 Die Erprobungsklausel, die zeitweise abweichende Rege-
46 lungen von der gesetzlichen Vorgabe ermöglicht, ist nach
47 mehr als 20 Jahren andauernder Erprobungsphase im
48 novellierten BerlHG abzuschaffen! Die Verlagerung von

49 Zuständigkeiten der gewählten Hochschulgremien bei-
50 spielsweise hin zu den Hochschulpräsidien, die die Erpro-
51 bungsklausel gewährt, gehört endlich beendet. Die "Un-
52 ternehmerische Hochschule" hat den nicht-professoralen
53 Mitwirkungsrechten an Hochschulen in den letzten Jah-
54 ren erheblichen Schaden zugefügt. Um den Eigenheiten
55 der vielen Berliner Hochschulen Rechnung zu tragen, kön-
56 nen flexible Gestaltungsmöglichkeiten in den entspre-
57 chenden Paragraphen selbst geregelt werden.

58

59 **Studentische Selbständigkeit anerkennen, Generalver-**
60 **dacht beseitigen!**

61 Ein besonderes Augenmerk legen wir auf das selbstbe-
62 stimmte Studium! Jede*r soll so studieren können, wie es
63 in die jeweilige Lebenssituation passt. Das veraltete, ver-
64 schulte System soll endlich der Vergangenheit angehö-
65 ren und unterschiedliche Studienformen, endlich umfas-
66 send möglich werden! Universität und Hochschule soll ein
67 Ort der persönlichen, kreativen und intellektuellen Entfal-
68 tung und des Austausches sein und kein reines Siebver-
69 fahren. Deshalb fordern wir ein Teilzeitstudium für Alle,
70 das Verbot von Anwesenheitspflicht, die Abschaffung der
71 Begrenzung von Prüfungsversuchen und ein Ende jeder
72 Zwangsexmatrikulation! Auch die geringe Anzahl ange-
73 botener Prüfungstermine verhindern ein selbstbestimm-
74 tes Studium. Wenn Studierende ein Semester oder ein
75 Jahr warten müssen, um eine Prüfung zu wiederholen,
76 verzögert sich ihr Abschluss immer weiter nach hinten.
77 Im neuen BerlHG müssen daher mindestens zwei Termi-
78 ne pro Prüfung festgeschrieben werden, aus denen Stu-
79 dierende frei wählen können. Viele Studierende bringt ei-
80 ne Verlängerung der Studienzeit in eine finanzielle Notla-
81 ge, sodass durch Nebenjobs ein universitäres Leben nicht
82 existieren kann. Durch die Bologna-Reform ist es für vie-
83 le Studierende quasi unmöglich, fachexterne Module an-
84 erkennen zu lassen sowie der zeitliche Aufwand freiwillig
85 neben dem Studium häufig oft zu hoch. Ein wirklich freies
86 Studium setzt auf Eigeninitiative, Selbstbestimmung und
87 Motivation, nicht auf repressive Pflichten und Leistungs-
88 druck!

89

90 Wichtig ist uns überdies die Einrichtung einer fachbe-
91 reichsübergreifenden Beschwerdestelle, der Studierende
92 die Verletzung ihrer bspw. Im BerlHG und in Prüfungsord-
93 nungen zugesicherten Rechte melden können. Die derzei-
94 tige Situation, statt einer Beschwerdestelle vielfach die
95 eigenen Prüfer*innen ansprechen zu müssen, höhlt die
96 Rechte der Studierenden massiv aus.

97

98 **Hochschulen der Gleichheit, Hochschulen der Vielfalt!**

99 Die Hochschulen müssen alle Geschlechter anerkennen
100 und entsprechend ihrer Unterrepräsentation auf jeder
101 Ebene fördern. Ergänzungsausweise die es Transmen-

102 schen ermöglichen, ihre Identität auch außerhalb der be-
103 hördlichen Ausweise mitzuteilen, von Studierenden sind
104 zu respektieren. Als wichtige und überfällige Maßnah-
105 me sehen wir insbesondere die Implementierung einer
106 50%igen Quote für nicht männliche Personen bei der Ver-
107 gabe von studentischen Hilfskräfte-Stellen an. Zudem for-
108 dern wir, dass diese Quote auch bei allen weiteren Einstel-
109 lungen, insbesondere bei der Vergabe von (tenure-track-
110)Professuren (die die Chance auf Lebenszeitprofessuren
111 einräumt und Befristungen aushebelt) anzuwenden ist.
112 Diversitäts- und Frauenbeauftragte sind in ihren Rechten
113 zu stärken.

114

115 **Kein Maulkorb für Studierende!**

116 Hochschulen sind für uns Orte lebendiger Meinungsviel-
117 falt. Der Charakter Berliner Hochschulen entstammt ins-
118 besondere der Prägung durch studentische Protestbewe-
119 gungen. Daher blicken wir kritisch bspw. nach NRW, wo
120 die schwarz-gelbe Koalition jüngst die Sanktionsmöglich-
121 keiten der Hochschulen gegenüber Studierenden per Ord-
122 nungsmaßnahme ausgedehnt hat.

123

124 Für uns ist klar, dass Ordnungsmaßnahmen niemals
125 dahingehend missbraucht werden dürfen, studentische
126 Meinungsäußerungen zu unterbinden. Die Wahrung ei-
127 ner freien, dem kritischen Diskurs zugewandten Univer-
128 sität, steht für uns nicht zur Disposition.

129

130 Deswegen wollen wir als erstes Bundesland für die Ein-
131 führung des allgemeinpolitischen statt eines hochschul-
132 politischen Mandats bei der Novellierung des Berliner
133 Hochschulgesetzes kämpfen. Asten sollen keinen impli-
134 ziten Druck fühlen ihre politischen Meinungsäußerun-
135 gen im Vorfelde zu zensieren. Hochschulpolitik ist Gesell-
136 schaftspolitik und lässt sich nicht auf Hochschulen be-
137 schränken!

138

139 **Hochschulen endlich demokratisieren - Für Mitwirkungs- 140 rechte von Studierenden!**

141 Die Viertelparität bleibt unsere zentrale Forderung. Die
142 bedeutet, dass alle Statusgruppen (Student*innen, Pro-
143 fessor*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen sowie
144 nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter*innen) in allen hoch-
145 schulpolitischen Gremien jeweils über die gleiche Stim-
146 menanzahl verfügen. Ohne angemessene Mitwirkungs-
147 rechte für alle Statusgruppen ist keine Hochschuldemo-
148 kratie vorstellbar!

149 Darüber hinaus halten wir an der bereits im Leitlinienpa-
150 pier festgeschriebenen Forderung fest, dass die Kommis-
151 sionen für Lehre und Studium (im Folgenden: LSK) gesetz-
152 lich zu Regelkommissionen werden. Sie sind in das Ver-
153 fahren der Studien(-gangs-)entwicklung frühzeitig zu in-
154 tegrieren, ihr Votum darf nicht übergangen und ohne ihre

155 Zustimmung kein Studienprogramm in die Akademischen
156 Senate eingebracht werden. Die Umsetzung dieser Forde-
157 rung stärkt die LSK erheblich und schafft einen Ausgleich
158 zu der weiterhin in aller Regel professoral besetzten Vize-
159 präsidentschaft für Lehre und Studium. Der im Gesetzes-
160 entwurf festgelegte studentische Vorsitz der LSK ist da-
161 bei nur eine symbolische Verbesserung der Situation, da er
162 bereits jetzt in aller Regel besteht. Um etwa auch studen-
163 tische Vizepräsident*innen zu ermöglichen, fordern wir
164 die Abschaffung der hohen formellen Anforderungen an
165 Bewerber*innen für das Vizepräsident*innenamt.

166

167 **Forschung ist kein 2-Klassen-Geschäft!**

168 Der Gleichstellung von Hochschulen für angewandte Wis-
169 senschaften (HAW; früher: Fachhochschulen) und Uni-
170 versitäten auf dem Papier muss endlich eine tatsächli-
171 che Gleichstellung folgen. Wie deutschlandweit bereits in
172 einigen Hochschulgesetzen etabliert, fordern wir daher
173 das überfällige eigenständige Promotionsrecht für HAW.
174 Über die traditionelle anwendungsbezogene Lehre gehört
175 die Forschung in zahlreichen Fachrichtungen schon lange
176 zum Profil der HAW. Die Promotionsmöglichkeit ist daher
177 nicht nur folgerichtig, sondern auch als akademische Per-
178 spektive des wissenschaftlichen Mittelbaus der HAW un-
179 abdingbar.

180

181 **Prekären Beschäftigten ein Ende setzen!**

182 Die Hochschulen müssen gute und faire Arbeitsbedin-
183 gungen für Alle gewährleisten. Dabei gilt der Grundsatz:
184 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Alle bisherigen Studenti-
185 schen Beschäftigten, die nach TV-Stud-III bezahlt werden
186 und Aufgaben der TV-L übernehmen, müssen unverzüg-
187 lich in den TV-L überführt werden. Die Einstellung Studen-
188 tisch Beschäftigter als billige Arbeitskräfte für Sekretari-
189 atstätigkeiten o.ä. gehört ein Riegel vorgeschoben. Sofern
190 längerfristige Tätigkeiten von Beschäftigten der Hoch-
191 schulen übernommen werden, müssen zwingend unbe-
192 fristete Arbeitsverträge geschlossen werden. Für alle Be-
193 schäftigten gilt, dass die Hochschule für die Ausstattung
194 des Arbeitsplatzes zu sorgen hat. Dies ist besonders auch
195 bei der Arbeit im Home Office oder für die mobile Arbeit
196 zu gewährleisten.

197

198 Die Novellierung des BerlHG darf nicht zu einer Manifes-
199 tation des hochschulpolitischen Stillstandes führen, son-
200 dern muss echte, progressive Fortschritte ermöglichen.
201 Die Jusos Berlin und Juso-Hochschulgruppen Berlin for-
202 dern, dass in der laufenden Legislaturperiode ein Berl-
203 HG verabschiedet wird, welches Gleichberechtigung, Bil-
204 dungsgerechtigkeit, Selbstbestimmung und Demokratie
205 auf allen Ebenen der Berliner Hochschulen festschreibt.

206